

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

170 (25.7.1906) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.02 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Diefenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Wg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 170. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 25. Juli 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt Blätter mit zusammen 6 Seiten.

## Parteienossen!

Der Beschluß des letzten Parteitag findet bei diesmahligen Parteitag statt. Auf Grund der Bestimmungen des 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteioberorganisation bezieht die Parteioberorganisation den diesjährigen Parteitag auf Sonntag den 23. September, nach Mannheim in das Lokal Apollohof, G. 6, 3, ein.

## Das Zentrum in der Klemme.

Ueber christlichen Gewerkschaftsradikalismus jammert die unter Dasbach'scher Kontrolle stehende Zentrums-Presse des Saargebietes. Die St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung, ein Organ der christlichen Gewerkschaften feindlich gesinnten Richtung, macht in einem geharnischten Artikel den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf eines gefährlichen Radikalismus, einer maßlosen Sprache, einer Untergrabung des Ansehens der katholischen Geistlichkeit. In der Dörfle'schen Zeitungs-Veröffentlichung des Bischofs von Metz steht die Behauptung der katholischen Geistlichen an der Spitze der katholischen Gewerkschaften. Eine christliche Gewerkschaftenversammlung in Dindorf hatte nun zu dem Dörfle'schen Artikel eine Resolution angenommen, worin der folgende Satz enthalten war: „Wird aller ehrenhaften christlichen Kameraden, gleich ob katholisch oder evangelisch, ist es, gegen die schamlosen Anmachungen der „Berliner“ entschiedene Front zu machen und mit Begeisterung für die Entfaltung und den weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier zu kämpfen.“ Die „Berliner“ sind die katholischen Gewerkschaften und ihre weltlichen und geistlichen Führer. Das oben genannte Dasbach-Blatt fragt denn auch im Anschluß an diese Resolution ganz einfach: „Wer sind denn die Anführer, die Träger der ganzen Berliner Bewegung im Saarrevier?“ und beantwortet diese Frage, indem es schreibt: „Es sind katholische Geistliche, Männer von tadellosem Ruf und Charakter, die ihr ganzes Leben, ihre ganze Tätigkeit lebendig in den Dienst der kathol. Arbeiter gestellt haben.“ Und das Blatt fährt fort:

„Inserieren in den christlichen Gewerkschaften organisierte katholische Arbeiterkräfte ist auf dem besten Wege, dem schärfsten Radikalismus in die Arme geführt zu werden. Verantwortlich hierfür machen wir allein Herrn Gewerkschaftssekretär Hüster in St. Johann, über dessen unglückselige Sprache, insbesondere den katholischen Klerus gegenüber, soweit derselbe der Berliner Organisation angehört, wir schon wiederholt Klagen zu führen genötigt waren. Er untergräbt durch die Art und Weise seiner Agitation systematisch das Ansehen des Saargebietes bei unsern katholischen Arbeitern. Mag diese Agitation sich vorläufig auch nur gegen die „Berliner“ geistlichen richten; das Volk wird keinen Unterschied machen. Die Sprache, die man heute gegen die „Berliner“ führt, wird man auch gegen die Nicht-Berliner führen, gegen die Geistlichen, die auf Seite der christlichen Gewerkschaften stehen. Hier handelt es sich nicht mehr um die Frage, ob „Berliner“ oder Nicht-Berliner, sondern es handelt sich darum, ob das so notwendige Ansehen, das unser katholischer Klerus bei unsern katholischen Bevölkerung bisher genos, bewahrt bleiben soll, oder ob das katholische Volk ruhig zusehen soll, wie dieses Ansehen systematisch untergraben wird. Gegen ein solches Vorgehen muß das ganze katholische Volk Marsch halten, Arbeiter und Nichtarbeiter, gleichgültig welcher gewerkschaftlichen Richtung sie angehören, energisch Front machen. Insbesondere aber richten wir unsern Appell an unsere in den christlichen Gewerkschaften organisierte katholische Arbeiterschaft, daß sie es nicht dulden möge, daß sie lauten Protest dagegen erhebe, wenn in ihren Versammlungen der kathol. Klerus verunglimpft wird. Wir richten unsere inständigste Bitte an den den christlichen Gewerkschaften zugehörigen katholischen Klerus, daß er in diesem Sinne seine warnende und ermahnende Stimme an die katholische Arbeiterschaft richte. Wir richten unsere Bitte aber auch an den Zentralvorstand der christlichen Gewerkschaften, daß er und endlich anstelle des Herrn Hüster einen anderen Gewerkschaftssekretär herbeiführt, der es versteht, die Sache der christlichen Gewerkschaften zu führen, ohne unsere katholischen Arbeiter dem Radikalismus in die Arme zu treiben. So kann es nicht mehr weiter gehen. Wir richten endlich unsere Bitte an den Vorstand unserer Zentrums-Partei und an alle, welchen das Wohl des Zentrums in unserem Saargebiet am Herzen liegt. Herr Hüster unterminiert mit seiner Agitation unser Zentrum, er entfremdet ihm allmählich unsere katholische Arbeiterschaft und legt den Grund zu einer radikalen Interessenpartei.“

Diese Sätze enthielten wieder die tiefsten Beweggründe der liberalen Gewerkschaftspolitik. Die christlichen Gewerkschaften sind — bemerkt dazu mit Recht unser Kölner Parteiober — den Liberalen lediglich Mittel zum Zweck der Erhaltung ihres Einflusses, und weil die Liberalen des Saargebietes heute mehr denn je fürchten, daß die Gewerkschaften diesem eigentlichen Zweck entfremdet werden, hat sich ihr Mißtrauen zur bittersten Feindschaft gesteigert. Die Dasbach-Presse ruft zum Kampfe gegen den christlichen Gewerkschaftsradikalismus auf, weil er die Zentrums-Partei gefährdet — in diesem offenen Bekenntnis liegt der größte Wert ihres neuesten Selbstzuges.

Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichtserhalterin: Genossin Zieg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

## Die Eisenbahner-Petitionen.

(3. Tag.)

Heute kamen zunächst vier Sprecher der Regierung zum Wort, als erster der Minister v. Marschall. Bei diesem Minister weiß man immer schon zum Voraus, was er sagt. Was es sich um eine Sache seines Ressorts handelt, welcher Art sie immer sei, Herr v. Marschall hält stets dieselbe nichtssagende Rede. Der ganze Inhalt derselben konzentriert sich auf den Satz: „Die Regierung ist sich ihrer Aufgabe voll und ganz bewußt.“ Um diesen Satz gruppiert dann die Eisenbahnerzeitung noch einige andere Sätze, die aber genau ebenso wenig besagen. Heute versicherte er u. a., daß die Regierung das Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit natürlich „voll und ganz“ anerkennt, aber — die Verkürzung dieses Prinzips lehnt die Regierung aus finanziellen Gründen rundweg ab. Großartig!

Nach dem Minister sprach der Vertreter des Finanzministeriums, Geh. Rat Nikolai, der in der Hauptsache sich mit der geplanten Revision des Gehaltsstufens beschaftigte. Er kündigte an, daß wenn das Vermögenssteuergesetz nicht zustande kommt, an eine Revision des Gehaltsstufens nicht zu denken sei.

Dann sprach Generaldirektor Roth, wohl vorbereitet wie immer. Der Generaldirektor ist sicher einer der fleißigsten und gewissenhaftesten Beamten. Allein damit ist es eben nicht getan. Was er über das Affordsystem in den Eisenbahnverwaltungen sagte, beweist klipp und klar, daß der Generaldirektor unserer Eisenbahnen von diesem Affordsystem nichts weiß, so wenig, wie sein Referent, der sich ebenfalls dazu äußerte und mit einem mehr als zweifelhaften Zahlenmaterial darzutun versuchte, daß durch die Stabilisierung der Eisenbahnergehälter der Staat ein finanzielles Schädigung des Staates zur Folge habe. Wir wollen hoffen, daß dieser zahlenmäßige grobe Irrtum, den dieser Herr verübt hat, nicht unbeantwortet bleibt. Daß man es regierungsseitig überhaupt wagt, mit solchen statistischen Spielereien, die weiter nichts beweisen, als daß man damit unüberwindliche Schwierigkeiten dem Landtag noch imponieren zu können, ist sehr bedauerlich.

Aus dem Hause kam heute zunächst Herr Dr. Bing zum Wort. Mit warmen Worten legte er sich für die Abschaffung des Affordes ins Zeug, indem er mit Recht darauf verwies, daß man die Beamten auch nicht im Afford arbeiten lasse. Der Arbeiter habe aber das gleiche Recht, wie der Beamte. Auch der Verkürzung der Arbeitszeit redete Herr Bing das Wort. Dann sprach als Vertreter der Konventionen Herr Schmidt (Breiten), der sich kurz für die Verkürzung der Petitionen erklärte.

Vom Zentrum sprach noch Herr Belzer. Er beantwortete die Forderungen der Arbeiter und besprach sie einzeln, indem er auf die bestehenden Verhältnisse hinwies.

Allgemeines Interesse beanspruchte die Schlussrede Belzers, in welcher er auf die Eisenbahnerorganisationen zu sprechen kam. Die 7 andern Herrn vom Zentrum, die im Saale anwesend waren, sprachen merkwürdig die Ohren, denn Herr Belzer schlug fortwährend über den Zentrumsstrang. Er behauptete die Zersplitterung in den Arbeiterorganisationen, weil dadurch die Arbeiter in ihrer Aktionskraft geschwächt werden. Herr Belzer hatte auch den Witz, die Ursache der Zersplitterung der Eisenbahnerorganisation bloßzulegen, indem er darauf verwies, daß der Verband Bestimmungen im Statut habe, die mit den gewerkschaftlichen Bestimmungen der Arbeiter absolut nichts zu tun haben. Die Grundfrage für die Gewerkschaften bilden die wirtschaftlichen Fragen. Wie der Arbeiter über Monarchie und Christentum denkt, kann dabei keine Rolle spielen.

Arado, Herr Belzer! Sie finden damit unsere Zustimmung. Aber damit hat der Zentrumsarbeiter-Abgeordnete Belzer den christlichen Gewerkschaften das Urteil gesprochen. Die 7 andern Herrn in der Versammlung des badischen christlichen Eisenbahnerverbandes und er hat damals schon davor gewarnt, in das Statut den Passus aufzunehmen, wonach die Mitglieder sich auf das Prinzip der Monarchie verpflichten müssen. Damit war die Grundlage zur Zersplitterung der Organisation der Eisenbahner gelegt. Wir sind wirklich neugierig, wie sich die Zentrums-Presse mit diesen Ausführungen des Abg. Belzer abfindet. Wisser hat man die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften immer damit begründet, daß nur vom Standpunkt des Christentums aus die wirtschaftlichen Fragen richtig gelöst werden können.

Diesem Hunsbuck hat heute Herr Belzer einen Riegel vorgeschoben. Neugierig darf man auch sein, ob der christliche Eisenbahnerverband nun endlich die nicht in ein Gewerkschaftsstatut gehörenden Bestimmungen aus dem Statut entfernt. — Während der heutigen Sitzung präsierte längere Zeit hindurch der 2. Vizepräsident, Genosse Wed, die Verhandlungen.

Karlsruhe, 24. Juli. (188. Sitzung.)

Erster Vizepräsident Behner eröffnete 9 1/2 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Minister v. Marschall und Regierungskommissare.

Minister v. Marschall: Die zahlreichen Wünsche seien demnach, daß er sich auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken müsse. Was die Wünsche der Beamten betrifft, so beabsichtige die Regierung, unterweilt die Arbeit für eine allgemeine Gehaltsrevision aufzunehmen und hofft gütig, eine hierauf bezügliche Gesetz-

## gebungsarbeit dem nächsten Landtag vorlegen zu können.

Voraussetzung bleibe, daß es gelingt, die erheblichen Mittel flüssig zu machen, die zur Finanzierung dieses Planes nötig seien und daß eine Verständigung mit der Regierung zustande komme. Eine Grundfrage bleibe ferner der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer, deren Aufhebung die erste Voraussetzung sei. Die Regierung werde sich leiten lassen von dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Schonung der Steuerkraft unseres Volkes. Was die Wünsche der Arbeiter betreffe, so sei sich die Regierung ihrer Aufgabe wohl bewußt, sie lasse sich aber nicht, daß das Wort ewig Geltung haben werde: Im Schweige meines Angehörs laßt du dein Brod essen! Die Verwaltung fühle sich verpflichtet, allen ihren Arbeitern den Kampf um das Dasein tunlichst (!) zu erleichtern. Die Verwaltung müsse sich aber auch bewußt bleiben, daß sie bei ihren Maßnahmen den anderen den Kampf um das Dasein nicht allzu sehr erschwere. Die Regierung werde auch die Wohlfahrtsanstalten tunlichst (!) ausgestalten, wie sie in Freiburg zur Einführung gelangt. Dem Wunsch Nufers nach gesetzlicher Festlegung der Ruhezeit könne die Regierung nicht bestimmen. Durch den eingebrachten Antrag für die Besserstellung der Arbeiter sei der Betriebskoeffizient von 78 auf 80% Prozent gestiegen, doch werde dies die Regierung nicht abtun, auf diesem Gebiete fortzuführen.

Ministerialrat Nikolai hat im Auftrag des Finanzministeriums einige Bemerkungen zu machen. Was die Arbeiterfrage betreffe, so schließe sich die allgemeine Staatsverwaltung dem Vorgehen der Eisenbahnverwaltung an. Die Regierung begriffe es deshalb ganz besonders, daß die Budgetkommission dazu gekommen sei, von Normregeln, die sofort zu treffen seien, abzugehen. Solche Maßnahmen würden einer allgemeinen Revision im Wege stehen. Auch die Regierung halte die Zeit für gekommen, in der der Revision näher getreten werden müsse, auch im Hinblick auf das Ansehen der Preise besonders für die notwendigen Lebensmittel. Die Regierung sei dabei nicht der Meinung, daß dieses Steigen der Lebensmittelpreise ausschließlich (!) auf den Zolltarif zurückzuführen sei. Es soll nicht bestritten werden, daß der Zoll in etwas (!) mitgewirkt habe. Zurückweisen müsse die Regierung aber den Vorwurf, als ob sie es an der Fürsorge für die Beamten habe fehlen lassen. Der Redner wirft einen Mißblick auf das, was in den letzten 15 Jahren zugunsten der eintätigen Beamten geschehen sei. Für dieselben seien für die Aufbesserung mit Ausschluß der Volksschüler 12 1/2 Millionen Mark aufgewendet worden. In dieser Zeit sei die Zahl der Beamten von 13 000 auf 18 400 gestiegen oder um 41% Prozent, während die Bevölkerung um 21 Prozent zugenommen habe. Nach der Anschauung der Regierung solle die Gehaltsrevision eine allgemeine sein und eine merkliche Aufbesserung der eintätigen Beamten bringen, aber auch die nicht-eintätigen Beamten sollten eine Aufbesserung erfahren. Das Gelingen der Revision werde davon abhängig sein, daß das Vorgehen der Beamten ein maßvolles sei. In der Zahl der vorliegenden Petitionen sei dieses Maß allerdings nicht zu erkennen. Am Auftrage des Finanzministeriums müsse er noch besonders betonen, daß eine Vorauszahlung des Aufwendungsplans für die Revision, durch das natürliche Wachstum unserer Finanzen könne die Vorlage nicht finanziert werden, denn der Mehraufwand werde sich auf mehrere Millionen Mark belaufen, so daß man zur Einkommenssteuer und zur Vermögenssteuer greifen müsse. Notwendig sei aber auch, daß die Beamten ein Verständnis dafür zeigen müssen, was zu erreichen sei.

Generaldirektor Roth geht auf einzelne Bemerkungen der gestrigen Redner ein und erklärt nochmals, daß die Eisenbahnverwaltung von dem besten Willen befehle sei, für die Eisenbahner zu sorgen; sie werde sich dadurch auch nicht durch Angriffe abhalten lassen.

Ministerialdirektor Schultze macht einige Mitteilungen über die Vorbildung gewisser Kategorien von Eisenbahnbeamten. Die Frage der zweijährigen Ausbildung der höheren Eisenbahnbeamten habe in den deutschen Verwaltungen Gegenstand eingehender Erörterung.

Baurat Courtin verbreitet sich über die Schwierigkeit der Aufhebung der Affordarbeit und exemplifiziert in langen Ausführungen auf die Eisenbahner in Oesterreich.

Abg. Dr. Bing: Auf die Einzelheiten könne man nicht eingehen; den berechtigten Interessen sei wohl genügt, wenn auch er die Hoffnung im Namen seiner Fraktion ausspreche, daß die Regierung im Sinne der Wünsche der Budgetkommission die Petitionen erledige. Zu der Arbeiterfrage habe er das Vertrauen, daß auch die Interessen des Dienstes im Auge habe bei der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Im Gegensatz zu dem Redner tritt Redner für die Stabilisierung der Arbeiter gegenüber der Affordarbeit ein; die finanziellen Gesichtspunkte dürften nicht in Betracht kommen. Er hoffe, daß die Regierung die Frage der Abschaffung der Affordarbeit ernstlich prüfen werde. Was die Gehaltsrevision betreffe, so sehe er auf dem Standpunkt, daß dieselbe über den nächsten Landtag nicht verschoben werden könnte. Aber auch er möchte bitten, bei dieser Revision des Steuerabgabs nicht zu vergessen. Den Gedanken, als ob der Staat zu viel Beamte habe, möchte er zurückweisen. Die Stellung der ständigen Bediensteten des Staates könne nur dadurch gesichert werden, daß man Schritt für Schritt mit der eintätigen Anstellung vorwärts gehe. Das Hauptinteresse der Arbeiterschaft werde immer dahin zielen, in eine gesicherte Position zu kommen. Nach den Erklärungen der Regierung werde dieselbe gewiß alles tun, um die Interessen der Arbeiter zu fördern, ohne andere zu schädigen. In seinem Bedauern sei auch die Politik in die Debatte gezogen worden; dem gegenüber möchte er doch bemerken, daß die gleichen Petitionen auch zu Zeiten des so viel gelobten sozialistischen Sozialtarifs in dem Saale gekommen seien. Er hoffe, daß die Debatte in der Eisenbahnverwaltung begrüßenswerte Fortschritte bringen werde.

Abg. Schmidt-Breiten (B. d. A.) verteilt die Wünsche der Arbeiter und beantwortet eine gleiche finanzielle Behandlung der Streckenarbeiter und trägt eine Reihe von Beschwerden und Witten verschiedener Arbeiter- und Angehörtenkategorien vor.

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

Abg. Belzer (Zentr.) kann nicht wünschen, daß die Vermögenssteuer zur Gehaltsrevision herangezogen werde. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Besonders sollte man die Streckenarbeiter besser als bisher berücksichtigen. Neben einem besseren Lohn bedürfte der Arbeiter aber auch einer größeren Ruhe. Das Rohndienstatut sollte herangezogen werden schon im Hinblick auf das spätere Anrechnen desselben. Die Stellengulagen sollte man beschneiden und feste Löhne an deren Stelle setzen. Mit dem

## Genossinnen!

Die Fraufrage der Genossinnen Deutschlands beruht auf dem nächsten Parteitag stattfinden wird. Die Sitzung soll Samstag, den 22. September, morgens 9 Uhr, im Zentralkloster, Q. 2, 16, zusammenzutreten und nichtspäter als am Sonntag Nachmittag tagen.

Die provisorische Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Zentralvertrauensperson, a) Agitation, b) Presse.

2. Frauenrecht. Berichtserhalterin: Genossin Böttin.

3. Agitation unter den Landarbeiterinnen. Berichtserhalterin: Genossin Zieg.

4. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

5. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

6. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

7. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

8. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

9. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

10. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

11. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

12. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

13. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

14. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

15. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

16. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

17. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

18. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

19. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

20. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

21. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

22. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

23. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

24. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.

25. Die Dienstbotenbewegung. Berichtserhalterin: Genossin Grünberg.





